

# Beilage zum „Riesaer Tageblatt“.

ausgestellt und gedruckt: Sonnen & Minzert, Riesa. Gedruckt durch: Geschäftsbüro 10. Gemeinschaft für Reklame: Arthur Höhnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ottich, Riesa.

J. 58.

Montag, 5. März 1917, abends.

70. Jhd.

## Hauptauschuss des Reichstages.

Berlin, den 3. März 1917.

Der Hauptausschuss des Reichstages begann heute die Bearbeitung des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1917/18 mit dem Statut für das Reichsangehörige und für die Reichsangehörigen.

Gemeinsam waren die Staatssekretäre Dr. Helfferich, Zimmermann, Dr. Stiege, Graf v. Roeder sowie Reichsangehöriger Wahnwitz.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter forderte eine Zusammensetzung der Reichstagswahlkreise in Rücksicht auf die starke Verdichtung der Bevölkerung sowie der Siedlungen der ländlichen und industriellen Bevölkerung während des Krieges; die in ihrer Kapazität zurückgelassene ländliche Bevölkerung dürfe nicht weiter auf Kosten der industriellen Bevölkerung benachteiligt werden.

Ein Redner der Fortschrittspartei wünschte Ausschaltung des Kampfes der Nationalitäten in den gemischtsprachigen Bezirken schon bei den nächsten Wahlen. Die Polnisch- und die Deutsch sprechenden Deutschen hätten in diesem Kriege voll ihre Pflicht getan. Die Einführung der Verhältniswahl in der Oberlausitz und der Nordmark würde Sicherung schaffen.

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft forderte ebenfalls Aenderung des Wahlverfahrens und Anwendung des Verhältniswahlverfahrens in den größeren Wahlkreisen unter Verhinderung der höheren Abgeordnetenzahl. Die Verhältniswahl seißlich in den gemischtsprachigen Bezirken einzuführen, sei nicht zweckmäßig, ein Kampf um die Nationalitäten würde doch stattfinden, hörten nicht das System einheitlich über das ganze Reich ausgedehnt werden.

Ein Redner der sozialdemokratischen Fraktion forderte an, die Regierung und die bürgerlichen Parteien würden noch bei den gegenwärtigen Beratungen vor die Frage gestellt werden, ob sie bereit seien, in der Frage des Wahlrechts gleiches Recht für alle zu gewähren; bei der Zahl von 400 Abgeordneten für den Reichstag könne es nicht bleiben.

Hierauf wurde der Statut des Reichsangehörigen und der Reichsangehörigkeit genehmigt.

Dann folgte in vertraulicher Aussprache die Namenfrage und das Verhältnis der Namen zu den übrigen Bevölkerung Belgien und zu Deutschland. Unter den Namen ist allmählich eine starke Beziehung mit dem Sieg entstanden, die alämischen Volksteile selbstständig zu stellen. Es hat sich eine Art für Blumen gebildet, dessen Abgeordnete ihre Wünsche heute dem Reichsangehörigen zum Vortrage bringen. Das Deutsche Reich wird die Wünsche der Namen unterstützen und übernehmen.

Auf Anfragen über die Zahl und Art der Verwendung belgischer Arbeiter in Deutschland erwähnte ein Vertreter des Kreisgaus, Tausende von belgischen Arbeitern hätten nach ausländischer Belohnung bei gutem Lohn in deutschen Betrieben die Arbeit aufgenommen, ja manche hätten ihre Kinder oder sonstige Verwandte nachkommen lassen, sie arbeiteten nur solchen Aufgaben der Arbeitgeber. In Betrieben unmittelbar hinter der Front und im feindlichen Raum würden die Belgier nicht herangezogen, in diesem Punkte habe die deutsche Bevölkerung ein vollständig reines Gewissen.

Bei Beratung des Statut für das Auswärtige Amt wurde das Verhältnis zum Freistaat Mexiko besprochen, dabei gab Staatssekretär Zimmermann Auskunft über die sensationalen Entwicklungen der amerikanischen Presse über die Verhandlungen Deutschlands mit Mexiko.

Weiterberatung Montag, den 6. März, nachmittags.

## Der Mexiko-Zwischenfall.

Völkisch ist es, unserer Diplomatie ein Verbrechen da zu machen, daß sie in Erwartung einer feindseligen Daltung der Unionregierung nach der Annahme des verhältnismäßig Unterstützten Unterseeckrieges sich mit deren politischen Gegenwiderern in Verbindung zu setzen sucht. Wer die mancherlei Konflikte auch nur oberflächlich betrachtet, die sich im letzten Jahrzehnt zwischen den Vereinigten Staaten und auf der anderen Seite Mexiko und Japan abgespielt haben, erkennt mit der Wahrscheinlichkeit, daß über kurz oder lang mit einem kriegerischen Zusammenschluß zwischen diesen Staaten gerechnet werden muß. Da war das Gegebene, daß die Widerläufer von morgen eingeladen wurden, ihre so gut wie unvermeidlich gewordene Auseinandersetzung von heute vorzunehmen, wo ihnen sich die Möglichkeit einer Bundesgenossenschaft eröffnet. Natürlich sollte der Bündnisvorschlag allein für den Fall gelten, daß die Union sich in den Krieg des Befreiungskrieges gegen die Mittelmächte zu deren Ungunsten einmischen und besonders Deutschland in Verteidigungsmachnahmen gegen einen neuen Feind nötigen werde. Eine „Verteidigung“ kann man einen Angriffsschutzversuch nicht nennen, der auf keinen Angriff obsteht, solange keine Herausforderung gegebenen würde.

Ob Wilsons Verfahren politisch klug gewesen ist, wird die Zukunft entscheiden müssen. Der Regel widerstrebend ist auf alle Fälle, Geheimnisse dieser Art, von denen man oft mehr oder weniger unrechtmäßige Weise Kenntnis erlangt hat, vor die Öffentlichkeit zu bringen, solange auch nur ein mutter Schimmer von Friedfertigem Verhältnis zwischen zwei Staaten leuchtet. Für den Augenblick mag es für Wilson vorteilhaft gewesen sein, von seinem Bunde Gebraud zu machen. Er hat dem äußersten Kongress eine Zustimmung zu den geforderten Rüstungsbündnissen und außerordentlichen Vollmachten damit abgeschlossen, die tropisch geworden war. Und jede Stunde sollte ausgenutzt werden, da von dem 4. März das Mandat der im November neuwählten beiden Häuser des Kongresses läuft. Aber sollte dieser Gewinn nicht zu teuer erlaufen sein? Nach außen hat sich der Präsident durch seine Ausnutzung des aufgefahnenen Krieges in einem bedeckenden Grade die Hände gebunden. Ist er heute noch ganz Herr seiner Entscheidungen?

Die scheinbare Unmöglichkeit des amerikanischen Verhältnisses ins rechte Licht zu sehen, beachte man übrigens das Datum des Briefes: 19. Januar! Also in einer Zeit, da Herr Wilson noch seine Friedensrede hielt, und von der späteren Aufführung der deutsch-amerikanischen Meinungsverschiedenheit über die Annahme der Tauchbootnoten noch gar keine Rede war, hat man Graf Bernstorff Stortz-Bondens mit seinem Kollegen in Mexiko bereits durch Spürbunde nachgekettet!

Von einer bestätigten „Ausweitung“ der Mexikaner kann gar nicht gesprochen werden. Sie haben an eigenen Händen genug die Segnungen der nahenblichen Freundschaft empfunden! Wer wars denn, der den großen Porfirio Diaz, den besten Regenten, den Mexiko befreien hat, dadurch aus dem Range trieb, daß Aufstände gegen ihn entstand und gefordert wurde, er sollte den Frieden durch seinen Verzicht wieder herstellen? Und als förmliche Blutschäume haben sie seitdem die Panzere eingekettet, wo immer ein Stück mexikanischer Bodenfläche auszubauen war. Eine Verfassungsänderung, die Präsident Carranza gegenwärtig vor-

bereitet, könnte alle Ausländer von der Erlangung von Schürfrechten aus, die sich nicht zu einem vorgängigen Bericht auf Appellationen an ihre heimatlichen Regierungen vertheilen wollen. Nein, die Mexikaner wissen seit langem selbst, daß ihre Freunde weder in Washington noch in London leben!

## Die Unterdrückung des Briefes.

Eine Newyorker Meldung des Londoner „Daily Telegraph“ besagt: Ein Brief in der Handchrift des Votivdienstes Grafen Bernstorff mit der Anweisung an den deutschen Gesandten in Mexiko, Herren von Eckhardt, war einem Elboten anvertraut worden, jedoch unterwegs durch den amerikanischen Geheimdienst unterklagen.

Mexiko will neutral bleiben.

Der mexikanische Gesandte in Paris soll, wie Kronenblätter nach Pariser Zeitungen melden, zu der Erklärung ermächtigt sein, daß Mexiko an seiner Neutralität festhalten werde, was auch geschehen möge.

## Eine Erklärung des japanischen Botschafters

Wie dem Matin aus Washington gemeldet wird, erklärte der japanische Botschafter offiziell, er betrachte das deutsche Komplott als eine Ungerechtigkeit. Japan wird einem derartigen Vorgehen niemals seine Beihilfe leihen.

## Der amerikanische Senat über die Bewaffnung der Handelschiffe.

In den frühen Morgenstunden des Sonnabends einzogen sich die Führer im Senat nach achtstündiger Debatte über die Bill zur Bewaffnung von Handels Schiffen auf eine Vertragung bis 10 Uhr morgens, ohne einen Termin für die Abstimmung über die Bill festzulegen. Mehrere Senatoren erklärten, daß die Annahme des Bill früher oder später den Krieg bedeuten würde, fügten aber fast ohne Ausnahme hinzu, daß sie bereit seien, diese Vage hinzunehmen.

Das „Petit Journal“ meldet aus Washington, die amtlichen amerikanischen Kreise seien überzeugt davon, daß der Krieg mit Deutschland jetzt unvermeidlich sei. Das gegen sie die Finanz- und Handelswelt der Umstift, daß erst die Torpedierung eines amerikanischen Schiffes durch ein deutsches U-Boot eine Kriegserklärung auslösen könnte.

Reuter meldet aus Washington, daß der amerikanische Kongress sich jetzt einhellig um den Präsidienten schart. Die Republikaner lieben angeblich des Mexiko-Gesetzesfallen ihre wiberwesende Taktik führen, um den Präsidenten in der nationalen Gefahr zu schützen.

## Eine Kriegsrede.

Im Senat fragte der Senator Brandeis, ob die Amerikaner noch weiter ruhig aufziehen würden und sich von dem deutschen Ungehorsam rücksichtslos zertampeln lassen wollten. Der Krieg sei sicher, falls amerikanische Handelschiffe deutschen Unterseebooten im Sperrgebiete begegnen. Indessen befasse bereits seit dem 1. Februar, als Deutschland den Krieg an die ganze Welt erklärt habe, ein Kriegszustand. Die Vereinigten Staaten hätten die Frage der Tötung auf hoher See schon zu lange Wort gemacht. Der Kongress müsse der Frage mit Rücksicht und ohne Zweideutigkeit und Abschreden ins Auge sehen.

## Gegen die Bewaffnung der Handelschiffe.

Im amerikanischen Senat beantragte Stone, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in dessen Heimatstaat Missouri viele Deutsche an Hälfte sind, ein Amendingen gegen die Bewaffnung von Handels Schiffen und sprach sich auch dagegen aus, daß der Präsident ermächtigt werde, sich anderer Mittel zu bedienen. Er erklärte, der Präsident könnte dann Kriegsmaßnahmen vernehmen, um die deutschen Unterseeboote von den Seebandesträfen zu vertreiben, was eine Kriegshandlung wäre. Wenn der Kongress den Krieg wolle, so müsse er es sagen und nicht die Verantwortung auf den Präsidenten abwälzen. Stone sagte, er habe gehört, daß die Marineminister veranlassen planten, den Handelschiffen Boote zur Unterseebootabfang beizugeben, die im Sperrgebiete zu Rundfahrtendiensten verhindert werden sollten.

## Deutscher Generalstabsbericht

vom Sonntag.

(Amtl.) Großes Hauptquartier, den 4. März 1917.

### Weltlicher Kriegsschauplatz.

Unstetiges Wetter hielt fast durchweg die Gefechtsaktivität in mäßigen Grenzen. An mehreren Stellen waren eigene Unternehmungen erfolgreich. Bei Chilly (zwischen Somme und Aire) wurden 18 Engländer, an der Straße Etain-Verdun über 100 Franzosen, beiderseits der Döller (Ober-Elsach) 37 Franzosen gefangen eingeschlossen.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine Kampfhandlungen von Belang; noch immer starke Nässe.

### Montenotte Front.

Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Endendorff.

## Die Wirksamkeit unseres U-Bootskrieges.

Erfolge erhärrten die Ernsthaftigkeit des Krieges. Zahlen beweisen. Wenn irgendwo im feindlichen Auslande sich die geheime Hoffnung näherte, daß der ganze U-Bootskrieg Deutschlands letzten Endes nie ein Bluff sei, so werden die letzten Tage mit solchen Anschauungen wohl gründlich aufgeräumt haben. binnen vier Tagen konnte — in bisher noch unvollständiger Auszählung — mindestens eine Viertelmillion versenkter feindlicher und neutraler Tonnen gemeldet werden. Der 28. Februar gab 37500 Tonnen bekannt; der 1. März 48600; der 2. März brachte es auf 64500 und der 3. März gab auf die Rettungssiffer von 91000 Tonnen. Diese vier Rettungssummen ergeben zusammen 241600 Tonnen, die sogar als Leistung eines ganzen Monats schon beachtenswert wären, gleichzeitig denn als das Zeichen eines kurzen Zeitabschnittes. Die Taktik des Totschweigens, die faktisch für England das einzige Mittel blieb, um nicht seine völlige Ohnmacht der deutschen Unterseeboote gegenüber eingeschätzen zu müssen, verhindert nicht mehr bei den Neutralen, und wird auch im eigenen Lande bald ausgeschöpft haben. Besonders ist bereits die Liste, die die Amsterdamer Versicherungsfirma Blom und van der Wa verliebt. Es ist die 28. Liste dieser niederländischen Firma über die durch den

Krieg verursachten Verluste der Kaufahrtesschiffe. Diese Liste, die den Zeitraum eines Monats und zwar vom 16. Januar bis zum 15. Februar, also schon erst wenige Tage des uneingeschränkten Ubootkrieges umfaßt, nennt als verloren 118 englische, 8 französische, 6 russische, 6 italienische, 3 belgische, 2 portugiesische, 1 norwegische, 11 dänische, 5 schwedische, 9 kanadische, 4 amerikanische, 9 niederländische, 1 japanische, 1 peruanische und 8 Schiffe von unbekannter Nationalität. Diese Liste, die notgedrungen ebenso unvollständig ist wie auch die Zahlen unserer Ubootbesetze sich handig zu unseren Gunsten noch verschlieben, legt selbst in dieser schon ein bereites Zeugnis ab von der Weisheitlichkeit unseres Ubootkrieges. Wir können weiteren Erfolg mit aller Zuversicht entgegensehen, bis wir unser Ziel erreicht haben.

Dah die Erkenntnis von dem Ernst der Lage in England sich von Tag zu Tag mehr bilden wird, erhellt u. a. aus einem Artikel des „Daily Telegraph“, der feststellt, daß sich der Schiffraumangst für England bereits sehr fühlbar mache. Natürlich wird in den Vermögensvermögen der öffentlichen Trocken Kornspeicher gezeigt, indem sofort nach dieser Lage, die auf die bedrohten Lebensinteressen Englands auferkam, nach dem Erfolg des neuen Ubootkrieges als weit unter den Erwartungen geblieben, bezeichnet werden. Wir wissen, daß dem nicht so ist. Unsere Erwartungen jedenfalls sind nie unterboten, sondern im Gegenteil übertrroffen worden. Wir haben allen Grund, mit der heiligen Arbeit unserer Brüder Blaujäger sehr zufrieden zu sein, und der „Daily Telegraph“ hat es nicht nötig, uns Mut zu machen, indem er die Lage für Englands ungünstig nennt.

Dah Frankreich — von Italien gar nicht zu reden — sich mindestens in ebenso bedrängter Lage befindet, beweist der Bericht des Pariser Marinestabes auf die Veröffentlichung des Wochenberichts über Aus- und Zuflüsse; man will die Bedeutung des französischen Seehandels nicht noch der Öffentlichkeit vor Augen führen. Aus allem erhellt, in welche Klippen unser Ubootkrieg und die Seepekte das Kriegsschiff der Entente getrieben haben.

## Das Gesetz mit der U-Boots-Halle.

Aus Berlin wird gemeldet: Über das in der amtlichen Bekanntmachung des Admiralsstabes vom 2. März gemeldete Zusammentreffen eines unserer Unterseeboote mit einem als U-Boots-Halle bezeichneten Tauchdampfer und über den Kampf des U-Bootes mit einem U-Bootsjäger der „Foggy“-Klasse werden nachstehende Einzelheiten bekannt: Das U-Boot tauchte am 22. Februar gegen 2 Uhr nachmittags an der irischen Südküste einen Tauchdampfer von etwa 3000 Br.-M.-T. Als der Dampfer unter Artilleriefeuer genommen wurde, stoppte er und blieb Dampf ab, worauf die Mannschaft in zwei Booten das Schiff verließ. Das Unterseeboot tauchte und ging unter Wasser an den Dampfer, bei dem zunächst keine Bewaffnung zu erkennen war. Als die Boote sich etwa 1000 Meter von dem Dampfer entfernt hatten, tauchte das U-Boot so auf, daß sich diese zwischen ihm und dem Dampfer befanden. Die Schiffe waren bestrebt, von dem U-Boot wegzurudern. Plötzlich erschien der Dampfer das Feuer aus vier Geschützen, wobei das sofort wegtauchende Boot einige Treffer erhielt. Außerdem wurden aus den Schiffsbomben geworfen, die im Verein mit den vorherwähnten Geschützbeschüttungen und Sprengungen an einigen wichtigen Apparaten auf dem U-Boot zur Folge hatten. Anfolge der entstandenen Dampfer war es dem Boot nicht möglich, sich auf die Dauer unter Wasser zu halten. Es tauchte deshalb kurz nach 3 Uhr wieder auf. Die Geschützlage lag rings um das Unterseeboot herum. Das Feuer wurde sofort erwidert. Als die Entfernung zwischen dem U-Boot und der Halle 500 Meter betrug, kam an der Steuerbordseite des U-Bootes ein feindlicher Beschützer in Sicht, der auf 8000 Meter in das Feuer einging. Der Beschützer, der als zur „Zorion“-Klasse gehörte erkannt wurde, begann bald die Geschützsalven des U-Bootes auszuweichen. Darauf erhielt er zwei Treffer und verging. Während des Gefechtes gelang es, den Kommandanten des U-Bootes abzudrücken und allmählich die meisten Geschützungen zu befreien. Beim Verteilen des U-Boots mit südl. Kurve von der irischen Südküste ab, während der Tauchdampfer allmählich aus Sicht kam. Dank der vorgenommenen Reparaturen war das U-Boot wieder im Stande, notdürftig tauchen zu können. Nachdem eine zeitlang der Verfolger infolge zu großer Entfernung das Feuer eingestellt hatte, eröffnete er, auf 7000 Meter herangekommen, es kurz vor Sonnenuntergang wieder. Bei der Gegenwirkung ergiebt das U-Boot einen weiteren Treffer auf dem Verfolger. Darauf drehte dieser sich und kam um 8 Uhr nachmittags mit einbrechender Dunkelheit aus Sicht. Das Boot hat dann den Seemannsberg angetreten und ist unbelädt in seinem Stützpunkt zu kurzer Wiederinstandstellung eingetroffen.

## Bericht!

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Außerdem wurden von unseren Unterseebooten 21 Dampfer, 16 Segler und 16 Fischerfahrzeuge mit insgesamt 91000 Bruttoregistertonnen verloren.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine. Die englischen Dampfer „Burnby“, 3665 Br.-M.-T., „Trouton“, 4455 Br.-M.-T., der französische Dampfer „Gacque“, 2917 Br.-M.-T., der kanadische Schoner „Möller“, 277 Br.-M.-T., sowie der griechische Dampfer „Victoria“, 1388 Br.-M.-T., wurden verloren.

### Die Wirkungen des U-Boot-Krieges.

Die Koblenzfuhr in Frankreich ist, dem „Petit Parisien“ zufolge, im Februar um 400000 Tonnen hinter der Januarzuhr zurückgeblieben. Nach in Barcelona eingetroffenen Nachrichten ist die Koblenzfuhr in Frankreich bereits so groß, daß die Kreuzfahrt schon von den für den zuerst Rostal aufbewahrten Reserven nehmen müßten.

### Personen- und Postbeförderung durch englische U-Boote.

Der allervichtigste englische Waren- und Postverkehr, sowie die Reisen diplomatischer Persönlichkeiten und Autiere durch die englischen Regierungen durch die Geschäftszone wird auf englischen Unterseebootenjuristisch gelegt, außerhalb der Geschäftszone werden Personen, Post und Frachtgüter auf neutralen, vornehmlich auf norwegischen Handels Schiffen befördert. Neben den Einzelheiten der Anregung wird in unterrichteter Stelle noch stregstes Geheimnis gemacht. Die Anfahrt zu den neuen Verkehrs möglichkeiten ist zurückzuführen auf das endgültige Entfernen der englischen Admialität, die die unmöglichkeit eingestellt, Handelsküste selbst unter stärkster Konvoierung einzurichten mit Sicherheit durch